

Jour fixe vom 9.3.2026: Das amerikanische Innenleben wird MAGA – Mehr Freiheit der Regierungsmacht für mehr Großartigkeit der Weltmacht (GS 4-25)

Fortsetzung Punkt III

5 Trump tritt mit dem Anspruch an, dass das amerikanische Volk sich durch eine andere Art des Regierens neu aufzustellen hat (vgl. Punkt I und II.) Dabei trifft er auf demokratische Institutionen – das Zweiparteiensystem, den Rechtsstaat, das Präsidentenamt –, denen er Versagen vorwirft. Wie stellt er sich zu diesen Institutionen, was macht er damit?

10 — Beim Punkt Parteien stimmt Trump mit vielen Punkten des nationalkonservativen Programms der **Republikaner** (S. 59) überein: Geschäft und Gewalt stehen ganz oben, Recht und Ordnung müssen sein, Migranten gelten als kriminell und die Liberalen als Terroristen, die den Staat zerstören.

Dazu heißt es in der Einleitung von Punkt III, dass Trump sich an die „Eroberung“ der Republikaner macht. Das ist ein Hinweis darauf, dass seine Stellung zu dieser Partei zwei Seiten hat.

15 — Trump sieht bei den Republikanern Korrekturbedarf, weil sie zwar wie er die beschädigte Suprematie Amerikas, die schmarotzenden Bündnispartner oder die Rücksichtnahme auf Fremde und Schwache als Probleme der Nation erkennen; was ihnen aber fehlt, ist ein entschlossenes Kampfprogramm dagegen. Dafür muss Trump sie „erobern“.

20 Trumps Stellung zu den bestehenden Parteien ist nicht, zu prüfen, welche seinen politischen Interessen am nächsten kommt. Er betrachtet die Republikaner von vorneherein als *sein* Mittel, um die Macht zu erobern. Er tritt nicht in diese Partei ein, um eine Parteikarriere zu machen, er will Amerika umkrempeln – mit den Republikanern als *seinem* Instrument. Damit sie in *allen* Programmpunkten *sein* Mittel für die MAGA-Bewegung werden, hatte
25 und hat er viel zu tun.

— Damit die Republikaner als Vehikel für seine Politik taugen, muss Trump dort erst aufräumen. Mit dem von ihm beschimpften Establishment meint er vor allem die Demokraten. Aber auch die Republikaner haben sich aus seiner Sicht im Zweiparteiensystem eingerichtet. Sie verfolgen nicht den radikalen Wandel, den sich Trump
30 auf die Fahnen geschrieben hat.

— Der Inhalt dieses radikalen Wandels ist, dass die Partei in eine Kampfmannschaft verwandelt werden soll, die die Einheit zwischen Staat und Volk wirklich herstellt, indem sie kompromisslos gegen Volksfeinde vorgeht, und Trump, der den echten Amerikaner repräsentiert, an die Macht bringt.

35 Die republikanische Partei soll nicht mehr als Element des existierenden Politikbetriebs existieren, sondern sich als Feind dieser Politik hinter Trump versammeln und kämpferisch gegen das bisherige Establishment vorgehen. Dieser politische Standpunkt sieht nur in Trump den Führer des amerikanischen Volkes, der dessen eigentlichen Willen verkörpert. Deshalb beschränkt er sich auch nicht auf die republikanische Partei und deren
40 Umwandlung, sondern richtet sich an alle politischen Fraktionen und Gruppierungen, die diesen Standpunkt teilen.

— Trump beruft sich dabei auf die „hardworking americans“ als die geschundene, nicht anerkannte Basis des amerikanischen Erfolgs. Die sind für ihn der Hebel, um aus einer
45 Wahlpartei eine kämpferische Volksbewegung zu machen, deren Anliegen die Wiederherstellung eines verletzten moralischen Rechts ist und die gegen dafür verantwortlich gemachte innere und äußere Feinde vorgeht. Die gilt es zu bekämpfen, damit die amerikanische Nation wieder zu dem werden kann, was sie eigentlich ist. Das ist weit weg von einem Parteiprogramm, das ist eine Bewegung.

— Für diese Bewegung werden dann auch die Brandmauern zu bisher geächteten
50 Radikalen wie den „white supremacists“ oder zu Verschwörungstheoretikern eingerissen und für das Programm von Trump vereinnahmt.

— Auf S. 62 heißt es, „Gerade in ihrem jeweiligen Fundamentalismus waren und sind Trump die Strömungen nützlich, insofern sie ihm die totale Hoheit über die zur Trump-Bewegung umgebauten Republikaner verschaffen“. Diese Hoheit verschaffen sie ihm dadurch, dass er sich gegen die Partei auf sie berufen kann; sie sind für ihn sein Vehikel für die Durchsetzung seiner Linie. Sein Fundamentalismus liegt doch darin, dass er die anderen alle praktisch mundtot macht und sich durchsetzt.

Es geht um die Art und Weise, wie Trump aus der republikanischen Partei die MAGA-Bewegung macht. Er verkörpert den Kampfeswillen als Angebot an *alle* rechten Amerikaner und nicht einfach als Parteiprogramm der Republikaner. In seiner Person soll die Partei zusammengeschlossen werden mit allen rechten Gruppierungen, die es in Amerika gibt. Das soll dann eine kämpferische Truppe gegen das Establishment sein. Der Fundamentalismus Trumps liegt darin, dass er alles auf seine Person münzt: Auf ihn haben alle zu setzen, egal was im Einzelnen ihr Anliegen ist und wofür sie meinen, die Partei instrumentalisieren zu können. Sein Machtwille *ist* der Fundamentalismus.

Alle, die Trumps eigenen Fundamentalismus teilen, dass es eine starke Führerpersönlichkeit braucht, um dem amerikanischen Volk wieder zu dem Recht zu verhelfen, das ihm zusteht, verschaffen Trump die Hoheit über die Partei und die Strömungen insgesamt, weil er sich ihnen als diese Figur präsentiert und von ihnen anerkannt wird.

— Zu diesem Angebot an alle rechten Amerikaner gehört, dass es auch bei denen, die Trump folgen, opportunistische Kalkulationen gibt; auch seine Follower erwarten, dass er ihren Vorstellungen gerecht wird. Das führt bei Nichterfüllung zu Widerspruch und Konflikten, die dann von Trump bei Bedarf mundtot gemacht werden. So setzt sich Trump als Führer in der Partei auch durch.

— Warum sind die gegensätzlichen Strömungen nützlich bzw. gewollt?

Nicht die jeweiligen Strömungen sind gewünscht, gewünscht ist gerade ihr Zusammenführen als Beitrag zu der massenhaften Bewegung unter der Führung von Trump.

— Die verschiedenen Strömungen zeichnen sich durch ihren Fundamentalismus aus, also durch ihren Kampfeswillen. Insofern sind sie für Trump ein nützliches Instrument, im Unterschied zu den Republikanern, die zu Kompromissen bereit sind.

— Auf S. 61 unten geht es um den Führerkult, den es erstens als Ideal einer echten Einheit zwischen Volk und Führung gibt und zweitens „als opportunistisches Kalkül der Bewegten, die Führung für das eigene Volksanliegen zu funktionalisieren“. Bei diesen Bewegten sind aber nicht normale Wähler gemeint, die meinen, sie könnten die Herrschaft für das eigene Anliegen funktionalisieren?

Es heißt ja *Volksanliegen*. Angesprochen sind die unterschiedlichen politischen Fassungen dessen, wofür das amerikanische Volk Führung braucht. Alle rechten Gruppen haben da ihre speziellen Vorstellungen und lassen sich von Trump in der republikanischen Partei versammeln mit ihrem Kalkül, mit ihrem Volksanliegen zum Zug zu kommen. Sie setzen opportunistisch auf den Machtwillen Trumps.

— Der Gedanke ist, dass es den Führerkult als Ideal einer echten Einheit zwischen Volk und Führung gibt. Objektiv gibt es diese Einheit nicht, das ist ein Machtverhältnis, das idealisiert wird. An diese Idealisierung hängen sich verschiedene Interessengruppen an und sehen sich mit ihren Vorstellungen in dieser Einheit von Volk und Führer aufgehoben. Da bleibt die Enttäuschung nicht aus, da die Einheit ja nicht die Wahrheit, sondern nur eine Fiktion ist, die aber unbedingt zur Volksbewegung dazugehört.

Das entscheidende Argument ist, dass die verschiedenen Volksanliegen darauf hinauslaufen, dass das amerikanische Volk bisher nicht zu dem gekommen ist, was ihm gebührt, weil von den Vorgängerregierungen die Macht nicht richtig ausgeübt wurde. Trump steht dafür, dass er sich in seiner Machtausübung in keiner Hinsicht beschränken lässt und sich deshalb jeder Einspruch gegen seine Position durch einzelne Anliegen oder Interessen verbietet.

— Den Führer messen seine Anhänger daran, ob er sich vollkommen unabhängig von allen Ansprüchen durchsetzt. Der Konflikt mit ihm, die Unzufriedenheit bezieht sich also darauf, ob er das auch konsequent genug tut, dass z.B. bei der Migrationspolitik auch genug
105 Ausländer abgeschoben werden. In diesem Widerspruch zwischen Führer und Anhängern ist Enttäuschung vorprogrammiert.

Ihr Verhältnis zum Führer ist ähnlich fundamentalistisch wie umgekehrt, auch der Führer fordert fraglose Loyalität. Bei den „Bewegten“ und ihrem Führer können sich immer beide
110 Seiten einen Mangel an Identität vorhalten: Die Anhänger der MAGA-Bewegung bleiben hinter ihren Treue- und der Führer hinter seinen Feindschaftsbekundungen zurück.

— In Fußnote 7 (S. 62/63) steht zu den Epstein-Akten, diese seien für viele Trump-Anhänger zentral für die Pflege ihres Feindbildes vom Establishment als „Schweinestall“. Trump weigert sich bisher, sein Wahlkampfversprechen wahrzumachen und sie komplett zu
115 veröffentlichen. Die Kritik daran bezeichnet er als Schwindel der Demokraten, die Akten fälschen und Ähnliches betreiben, um ihn als Person schlecht zu machen. Seine ihn kritisierenden Anhänger beschimpft er als welche, die auf „fake news“ hereinfallen und sich so als falsche Anhänger entlarven, die nicht hinter ihm als Präsidenten stehen, der seine guten Gründe hat, die Akten jetzt nicht herauszugeben. Warum veröffentlicht er die Akten
120 nicht, wenn sie nichts gegen ihn, sondern nur gegen Angehörige des angefeindeten Establishments enthalten?

Natürlich will die Trump-Regierung die Akten gegen ihre Feinde im Establishment benutzen. Das aber erfordert eine passende Handhabung und eine sorgfältige Auswahl bei der Veröffentlichung. Zum Instrument im Kampf gegen das Establishment gehört z.B., dass
125 man dosiert schwärzt. Bei seinen Anhängern wirbt Trump dafür, dass sie ihm glauben, und dafür, dass es sich für einen MAGA-Bewegten nicht gehört, Zweifel an der Führerfigur zu hegen. Hält einer daran fest, wird er exkommuniziert.

Insofern sind die Epstein-Akten schon ein prominenter Fall für die Differenzen zwischen Trump und seinen Anhängern in der MAGA-Bewegung. Deren Veröffentlichung war einerseits eine Forderung, andererseits ein Versprechen. Die Akten stehen dafür, dass
130 Amerika bis neulich durch ein korruptes Establishment regiert worden ist, das hinter dem Rücken des Volkes üble Machenschaften betrieben hat, sich wechselseitig begünstigt und Untaten vertuscht hat. Nach dem Regierungsantritt von Trump wurden die Akten erst einmal nicht veröffentlicht. Das brachte den Verdacht in die Welt, Trump habe selbst irgendwie zu diesem „Schweinestall“ dazugehört. Trump sagt zu allen in seiner Bewegung, die diesen
135 Verdacht aufnehmen und pflegen, sein mögliches Involviertsein sei erstens „fake news“, zweitens eine Hexenjagd der Demokraten und sonstiger schlechter Menschen, auf die seine Anhänger fälschlicherweise hereinfallen.

*

— Zu Beginn von **Punkt IV** heißt es auf S. 63, Trump scheue „nicht vor dem
140 faschistischen Übergang zurück, den noch jede Demokratie vorsieht“. Das soll ja nicht bedeuten, Trump sei ein Faschist, der den Rechtsstaat abschaffen wolle. Der faschistische Übergang bei ihm besteht darin, dass er die Organe des Rechtsstaates nicht als das nimmt, wofür sie in der Demokratie eingerichtet sind, eben als Korrekturmittel, sondern dass er sie für seine Politik zurechtstutzen und auf Linie bringen will.

— „Zurechtstutzen“ benennt das nicht richtig. Der einzig gültige Maßstab ist das Maß der
145 Freiheit, die er hat. Umgedreht werden alle vorhandenen Institutionen und Mittel der demokratischen Organisation der Gesellschaft auf den Prüfstand gestellt, ob sie seiner Vorstellung vom Staat entsprechen. Dabei macht er etliche als Hindernisse dingfest.

— Das heißt, nicht Trump muss sich mit seiner MAGA-Politik am Rechtsstaat bewähren,
150 sondern umgekehrt der Rechtsstaat an Trump.

Eine komplette „Umdrehung“ ist das auch wieder nicht. Denn der rechtsstaatliche Herrschaftsapparat, wie Trump ihn vorfindet, ist ja bereits Instrument der Herrschaft. Die

155 eingerichteten Verfahrensweisen mögen Schranken für einzelne Politiker in ihrem Amt sein, sie sind aber keine Schranken für die Herrschaft. Trump beansprucht für sich, dass *er* der Repräsentant des Volkes ist, weil er von diesem durch die Wahl ermächtigt worden ist. *Er* ist also die Spitze dieses Herrschaftsapparats und damit legitimiert, diesen Herrschaftsapparat als Instrument *seiner* Macht zu handhaben. Wie viel Rücksichtslosigkeit beim Durchgreifen fällig ist, ergibt sich für Trump nur daraus, welche Notlage er als Retter dieser Nation definiert.

160 — *Als Führer im Auftrag des Volkes stellt Trump die prinzipielle Frage, was ihn daran hindert, seinen Auftrag durchzusetzen. Da gerät alles Mögliche in Verdacht. Er praktiziert damit die Durchsetzung des Rechts des Stärkeren: Die ganzen vorgefundenen organisatorischen und institutionellen Gegebenheiten des bisherigen Staatsapparats werden ins Unrecht gesetzt, wenn sie ein Hindernis für die Freiheit seiner Macht darstellen.*

165 Trump vertritt eben nicht einfach ein anderes Parteiprogramm. Er pocht darauf, dass es um die Sache der Nation geht, die er verkörpert. Dass diese in schlechter Verfassung ist, weswegen ein *Kampf* für die Erneuerung der Nation geführt werden muss. Deswegen können die eingerichteten Institutionen nicht einfach belassen werden, wie sie sind, sondern müssen daraufhin zugeschnitten werden, dass sie sich nicht als Hindernis *seiner* 170 schrankenlosen Machtausübung erweisen.

Und da findet Trump offenkundig auch Behörden in Amerika, deren Sinn und Zweck ihm nicht einleuchten und die er dann als Ganzes abschafft. Das ist eine radikale Konsequenz seines generellen Anspruchs: Was es als rechtsstaatlichen Herrschaftsapparat gibt, ist sein Mittel und rechtfertigt sich nur darüber, dass es den von ihm definierten Anforderungen der 175 Nation genügt.

— *Gerade in den als überflüssig definierten Institutionen macht Trump auch Feinde des Staates aus, die ihn und damit Amerika First blockieren. Deshalb muss man dagegen radikal vorgehen.*

180 In dem Zitat aus Trumps Memorandum „Restoring Accountability for Career Senior Executives“ (S. 64) ist sehr klar ausgedrückt, dass Verantwortung nur zeigt, wer ihm gegenüber Loyalität beweist. Nun gibt es diese verschiedenen Behörden, die formal nicht dem Präsidenten untergeordnet sind, was aus Trumps Sicht ein Unding ist. Wer es in einer solchen Behörde zu einer Chefposition gebracht hat, muss sich künftig vor Trump verantworten.

185 *

Was ist unter „Regieren durch Präsidialerlasse“, an der **Legislative** vorbei, zu verstehen (S. 64)?

190 — *Präsidialerlasse sollen im Fall einer Notlage dem Präsident schnelles Handeln ermöglichen. Bei einem normalen Gesetzgebungsverfahren muss er sich nämlich innerhalb der Regierung und bei manchen Gesetzen auch mit der Opposition abstimmen. Das sieht Trump als Behinderung der Freiheit seiner Machtausübung. Der Erlass erlaubt es dem Präsidenten, einfach zu verkünden, was in Zukunft gilt. Den legitimiert er mit einem Notstand und mit seiner Unterschrift wird der Erlass quasi Gesetz.*

195 — *Es ist wirklich nur „quasi“ Gesetz, denn letztlich können Erlasse durch Nachfolgeregierungen wieder aufgehoben werden. Mit einem solchen Erlass deaktiviert der Präsident mehr oder weniger den Kongress bzw. den Senat. Einzig der Haushalt muss im Kongress zusammen mit der Opposition noch besprochen werden, alles andere bestimmt der Präsident. Diese Praxis ist natürlich sehr umstritten. Im Fall Iran sind nicht wenige der Meinung, der Krieg hätte durch den Kongress verabschiedet werden müssen.*

200 Mit dem Regieren per Präsidialerlassen, den „*executive orders*“, umgeht Trump der Sache nach die legislativen Kompetenzen des Kongresses. Er beruft sich dabei darauf, dass die Abstimmung *mit* dem Kongress eine hinderliche Vorgehensweise ist, angesichts dessen, dass lauter Notlagen zu bewältigen sind. Im Fall Iran sieht Trump eine Gefährdung

205 amerikanischen Lebens und damit eine der extremsten Notlagen. Aus diesem Grund musste er zur Tat schreiten und in den Krieg ziehen. Die Umgehung der eingerichteten Institutionen ist von Trumps Standpunkt aus genau die notwendige und angemessene Art und Weise, für die Interessen der Nation einzutreten, weil diese sich in einem extremen Notzustand befindet. Die Kriegsfrage ist dabei ein besonders eklatanter Notstand.

210 Trump fasst ja so gut wie alle Lagen, von der Energieversorgung über die Migranten und vieles mehr, als Notlagen der Nation und handhabt alles mit Erlassen. Als in der Verfasstheit der amerikanischen Herrschaft vorgesehenes Instrument für Notlagen ist der Präsidialerlass nicht strittig. Der Inhalt des Streits zwischen den Parteien ist, ob es sich im jeweils bestimmten Fall tatsächlich um eine akute Notlage handelt, die die Vorgehensweise des Präsidenten rechtfertigt. Das wiederum ist für Trump keine Frage. Von seinem Standpunkt
215 aus ist die Notlage grundsätzlich gegeben und seine freie Herrschaftsausübung sowieso das passende Regieren.

Damit, dass Trump mit dem Instrument der Präsidialerlasse die Legislative praktisch für irrelevant erklärt, beansprucht er von der Legislative schlicht, dass sie ihm die nötigen Finanzmittel zu seiner freien Verfügung stellt, ungebunden an irgendwelche Vorgaben.
220 Daher sein „großes wunderbares Budget-Gesetz“. Mit dieser Regierungspraxis macht er durchaus Eindruck vor allem auf seine Republikaner, die sich ihm gegenüber im Prinzip auch dienstfertig erweisen.

*

225 Unter der Legislative ist noch der Umgang mit der Opposition, also den **Demokraten** (S. 65) zu klären.

— *Bemerkenswert dabei ist, wie umstandslos Trump die Demokraten als Feinde des Volkes behandelt. Deutlich zu sehen ist das in manchen Bundesstaaten oder großen Städten. Trump bezeichnet die Demokraten mit ihrer Politik dort als Terroristen. Sie hätten die Migranten nicht nur geduldet, sondern unterstützt. Aus seiner Sicht sind Migranten
230 Kriminelle, d.h. die Demokraten dort sind Unterstützer von Kriminellen, weswegen er sich gezwungen sieht, die Nationalgarde zu schicken.*

Angesichts dessen, dass die Demokraten – zwar die unterlegene Partei im Kongress – in einigen Bundesstaaten aber an der Macht sind und damit Entscheidungen treffen können, nimmt Trump deren Vorgehensweise nicht einfach nur als eine andere Art der Politik zur
235 Kenntnis, sondern als unzulässigen Angriff, als kriminell und terroristisch. Von da aus landet er umstandslos dabei, die Gewaltmittel, über die er auf gesamtstaatlicher Ebene verfügt, gegen diese Bundesstaaten einzusetzen. Bei Widerstand droht er mit seinem Recht, das Kriegerrecht auszurufen. Die Entsendung der Nationalgarde und deren hartes Vorgehen gegen Proteste und Demonstrationen in demokratisch regierten Städten ist darauf berechnet,
240 gewalttätige Auseinandersetzungen zu provozieren, um die Notwendigkeit zu untermauern, gegen Unruhestifter und terroristische Elemente vorzugehen.

— *Trump plant sogar, sich eigene Revolutionsgarden zuzulegen zur Unterdrückung des Volkes überall da, wo sich irgendein Widerstand rührt. Er baut eine Spezialeinheit auf.*

245 Trump legt dabei größten Wert darauf, dass da, wo sich Widerstand gegen *seine* Politik rührt, das nicht *das Volk* ist, sondern eben terroristische Elemente, bestenfalls von demokratischen Politikern verführte Volksteile.

Die Abschiebungsrazzien zeugen von seinem Anspruch auf Kooperation der einzelnen Bundesstaaten. Sie sollen ihren Gewalteinsatz im Inneren so einrichten, wie es Trumps Politik erfordert. Tun sie das nicht, wird das quasi als Aufstand gegen die übergeordnete
250 Gewalt behandelt. Dazu passt, dass er sich auf den Insurrection Act beruft. Bei mangelnder Kooperation will er diese wie eine Besatzungsmacht mit der Nationalgarde in den Bundesstaaten erzwingen. Der Ausbau der Nationalgarde zu diesem Zweck ist in Arbeit.

An den Stellen, an denen Trump nach wie vor auf das Procedere zur Verabschiedung des Haushaltes angewiesen ist, versuchen die oppositionellen Demokraten *ihr* politisches
255 Programm irgendwie doch noch unterzubringen, indem sie den Haushalt blockierten.

— *Da ging es hauptsächlich um die Medicaid, die in diesem Zug extrem gekürzt werden sollte. Die Demokraten konnten die Verabschiedung des Haushalts durch die Filibuster-Regel zwar hinauszögern, aber letztlich war es für die Demokraten ein Debakel, weil durch den Shutdown vieles lahmgelegt wurde. Insofern wurden die Demokraten letztlich als*
260 *Feinde des Volkes identifiziert und der Shutdown wurde beendet.*

Den Demokraten kam es dabei darauf an, gegen die Art und Weise vorzugehen, wie Trump sie als Opposition ausschaltet. Es war ihr Versuch, Trump und die Republikaner darauf zu verpflichten, sich zumindest in dieser Frage mit der Opposition ins Benehmen zu setzen, und zu zeigen, dass die Zustimmung der Demokraten nur unter ganz bestimmten Bedingungen
265 zu haben ist. Wichtig dabei ist, wie Trump diesen Versuch der Demokraten beantwortet hat.

— *Der Shutdown selber war für Trump ja nie ein Hindernis. Deswegen musste er auf keine Bedingungen eingehen. Im Gegenteil, er konnte ihn zur Schließung weiterer Institutionen und zur Entlassung missliebiger Leute nutzen. Insofern hat er das gleich als Instrument gehandhabt.*

270 Und zwar als Instrument, um lauter Anliegen der Demokraten zunichte zu machen.

— *Deswegen wurden in New York und in den Hochburgen der Demokraten Gelder gestrichen und Entlassungen durchgesetzt.*

Bevor die Demokraten blamiert wurden, war es deren Versuch, Trump daran zu blamieren. Jede Seite hat sich an der Frage messen lassen, ob ihr das Volk oder ihre Durchsetzung im
275 Parteienstreit wichtiger ist. Diese Frage taugt gut als wechselseitiger Vorwurf. Die Blamage der Demokraten entschied sich letztendlich am Scheitern des Shutdowns, also daran, dass die Republikaner sich durchsetzen konnten, weil es ihnen gelungen war, einige der Demokraten auf ihre Seite zu ziehen.

— *Als Klarstellung auf S. 68 steht dazu, dass ein demokratisches Regieren mit Regierung und Opposition nur funktioniert, wenn die Staatsräson, also ein „grundsätzlicher Konsens über den nationalen Erfolgsweg“ nicht strittig ist. Das ist in der Demokratie normalerweise so, zu der eine Opposition unbedingt dazugehört. Trump beendet diese Art des demokratischen Regierens. Darin steckt ein weiteres Stück faschistischer Übergang.*

Der Ausgangspunkt im Text ist eine amerikanische Besonderheit: Weil das Haushaltsgesetz wegen Verweigerung der Demokraten nicht verabschiedet wurde, stand auf einen Schlag
285 kein Geld mehr für die Gehälter von Behörden und Ämtern zur Verfügung. Diese mussten geschlossen werden, bis das Gesetz doch verabschiedet wurde. Vom Standpunkt ordentlichen Regierens ist das ein Unding: Die Regierenden selbst bringen den Staat zum Stillstand. Wenn die Demokraten das als Erpressungsmittel einsetzen, um den
290 Republikanern Zugeständnisse im Haushalt abzupressen, unterstellen sie den gemeinsamen Standpunkt, dass diese Haushaltsblockade so schnell wie möglich wieder aufzuheben ist. Denn ein staatlicher Stillstand wäre eine Katastrophe, die Regierung stünde ohne Mittel da. Die Republikaner stellten aber klar, dass sie sich da weder beeindrucken noch erpressen lassen. Umgekehrt nahmen sie das als gute Gelegenheit, ganze Behörden zu schließen und
295 missliebige Amtsträger zu entlassen. Zugleich legten sie den Shutdown den Demokraten genüsslich als deren Verantwortungslosigkeit zur Last, um sie daran zu blamieren.

*

Zur **Judikative** (S. 68) nimmt Trump die Stellung ein, dass sie seinem Gestaltungswillen nicht im Weg stehen darf: „Ich bin kein Diktator, aber ich darf alles“. So handelt er auch.

300 — *Einerseits drückt er damit aus, dass er nicht um Erlaubnis fragen muss, andererseits aber auch, dass er Wert darauf legt, dass das, was er selbstherrlich befiehlt, auch von der Judikative abgesegnet wird. Darum zieht er immer sofort vor Gericht, wenn seine Erlasse angezweifelt werden.*

— Für ihn ist das kein „Aber“. Er ist ja in seiner Person das Gesetz, als Exekutor des Volkswillens. Das Gesetz hat also ihm zu dienen, denn seine Entscheidungen sind per se rechtmäßig. Seine Advokaten müssen das nur noch so vertreten, dass das auch allgemein anerkannt wird.

Letzteres zielt nicht nur einfach auf die Zustimmung der Allgemeinheit ab. Er will gerade von den obersten Gerichtsinstanzen bescheinigt und beglaubigt bekommen, dass er richtig liegt.

— Dass er dazu auf seine Advokaten angewiesen ist, beweist ihm umgekehrt, dass in der Judikative Einiges im Argen ist, sie ihm nicht zu Diensten ist. Also muss man die einen Richter noch entlassen, andere stromlinienförmig machen – ein auf Dauer angelegter Kampf.

Dazu gehört auch das aktuelle Gerichtsurteil, dass die von Trump erlassenen Zölle mit dem Notstand nicht korrekt begründet sind. Trump hat die Richter sofort für unamerikanisch erklärt. Der Sache nach hat er einfach auf seinen Zöllen bestanden, wenn auch in anderer Höhe, indem er dafür andere Grundlagen gefunden hat.

— Merkwürdig dabei war seine Einlassung, die Richter hätten wegen der Rechtslage nicht anders gekonnt, als gegen ihn und seine Zölle zu entscheiden. Er ist also der Ansicht, man müsse das Recht ändern, damit amerikanische Interessen zu ihrem Recht kommen.

Daraus lässt sich aber nicht folgern, er sei für Gesetzesänderungen, wolle also die Judikative in diesem Sinn ändern; das ist nicht seine Art. Die Gesetze kümmern ihn nicht übermäßig oder er versucht, sie ganz besonders geschickt zu benutzen. Im Fall der Zölle heißt das, sie auf einem anderen Weg durchzusetzen. Der Sache nach haben die Richter mit ihrem Urteil einen Rest autonomer Selbständigkeit der Judikative hochgehalten. Darauf bezog sich Trump womöglich mit dem Spruch, dass sie nicht anders konnten.

Daraus, dass selbst als konservativ geltende Richter in dieser Sache gegen ihn und seine Zölle gestimmt haben, hat Trump zudem den Schluss gezogen, dass er sich weiterhin um die Besetzung der Richterposten mit ihm gegenüber loyalen Richtern kümmern muss. Der Justizstreit geht insofern nun in die nächste Runde – Trump lässt sich jedenfalls in seiner Regierungspraxis nicht beeindrucken und was das für die Zölle heißt, wird man sehen.

— Wenn er sagt, die konnten nicht anders, aber wir haben einen Plan B, ist das eine andere Variante, als die Richter einfach auszutauschen.

— Das liegt daran, dass er die auf Lebenszeit ernannten obersten Richter nicht so einfach wieder los wird. Jede Partei an der Regierung versucht, frei gewordene Posten im Supreme Court mit ihren Parteigängern zu besetzen, aber einfach austauschen kann sie sie nicht.

— Zunächst hat Trump die Richter als vaterlandslose Gesellen beschimpft, dann aber gesagt, sie konnten nicht anders, weil die Rechtfertigung seiner Zölle mit dem Notstand juristisch nicht zu halten war. Dann meinte er: „Weil wir aber die Zölle so brauchen, berufen wir uns jetzt auf ein anderes Gesetz“.

Beides zusammen genommen ist typisch für Trump: die Richter als vaterlandslos usw. zu beschimpfen und zugleich – weil er das Recht ja gar nicht in Zweifel zieht, vielmehr darauf Wert legt, Recht zu bekommen – sich davon überhaupt nicht abhängig zu machen. Es wird sich schon eine andere gesetzliche Bestimmung finden, die es erlaubt, dass das Notwendige passiert, in diesem Fall die Zölle in Kraft gesetzt werden. Er fasst das Urteil insofern gar nicht als eine Schranke für die Freiheit seiner Machtausübung auf.

*

— Auch das Beispiel mit dem Geburtsortprinzip steht dafür: Trump schafft es per Präsidialerlass ab, aber eine Verfassungsänderung ist gar nicht sein Anliegen – so hat er das in einem Interview gesagt (S. 69). Denn er habe ja Anwälte, die seine Politik schon irgendwie für gültig erklären. Der Erlass wurde dann von den unteren Instanzen per Einstweiliger Verfügung wieder kassiert.

355 Trumps Anliegen ist es, den Automatismus zu beenden, dass aus aller Welt Mütter nach
Amerika reisen, um dort ihr Kind zur Welt zu bringen, damit es die US-Staatsbürgerschaft
bekommt – ein einziger Anschlag auf das amerikanische Volk! Das gehört abgeschafft.
Dieser politische Standpunkt ist demokratisch überführt worden in die Frage, ob er das
überhaupt abschaffen *darf*, ob es verfassungsgemäß ist. Dieser Streit ist noch nicht endgültig
360 entschieden, das besagt die Einstweilige Verfügung; das Urteil des Obersten Gerichts steht
noch aus.

Festhalten kann man, wie sehr sich die inzwischen mehrheitlich konservative oberste Justiz
zurücknimmt, wenn es um eine Behinderung der herrschaftlichen Machtausübung Trumps
geht. Was zusammenpasst damit, wie vehement Trump sich daran stört, wenn sie mal doch
365 nicht in seinem Sinn entscheidet.

Der nächste Jour fixe findet am **23. März 2026** statt. Weiter geht es im Artikel ab S. 71 mit
der „vierten Gewalt“. Weitere Themen werden auf der Website des GegenStandpunkts
bekannt gegeben.